

Faule Griechen? Schlechter Euro?

„Die faulen Südländer! Leben auf unsere Kosten. Jetzt müssen sie büßen, wenn sie aus ihrem Schuldensumpf gezogen werden wollen!“ So tönt es in deutschen Medien, aus Politiker- und Wirtschaftskreisen. Es wird abgelenkt von den tieferen Ursachen der Krise, die sich derzeit als Staatsschuldenkrise darstellt und als 'Euro-Krise' firmiert.

Im Zuge der 'Globalisierung' wurden Reiche und Kapitalgesellschaften seit den 1980er Jahren von Gewinn- und Vermögenssteuern entlastet und Sozialleistungen gekürzt. Irland wurde wegen seiner Steuerflattrate als europäisches Vorbild beklatscht. Deutschlands öffentliche Kassen hätten ohne die Steuersenkungen seit dem Ende der 90er Jahre jährlich zwischen 20 und 50 Mrd Euro mehr Einnahmen gehabt. Die Umverteilung zu Lasten der Allgemeinheit hat zu starken Vermögenskonzentrationen geführt: Weltweit besitzen acht Prozent der Reichsten 87 Prozent des Vermögens. Es wird jedoch überwiegend nicht für produktive Investitionen verwendet, sondern an die Finanzmärkte getragen.

Zusammen mit dem Recht der Banken, Kreditgeld zu schöpfen, entstand eine aufgeblasene Finanzsphäre, die sich vom Bezug zur realen Wirtschaftstätigkeit weitgehend löste. Das Finanzkasino wurde mit immer neuen Freiheiten ausgestattet, die von Banken, Hedgefonds und anderen „Investoren“ genutzt wurden: Zum Spekulieren, für kriminelle Geschäfte, zur Kapitalflucht an Schattenfinanzplätzen, um sich der Besteuerung und Kontrolle zu entziehen. Das Finanzkasino ist acht mal so groß wie das gesamte Weltsozialprodukt! Die Spekulationsexzesse brachten 2007/2008 das globale Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs.

Alle westlichen Staaten haben in Folge der Finanzkrise 2008 gigantische Bankenrettungspakete geschnürt, d.h. die Spekulationsverluste der Banken den BürgerInnen aufgebürdet. Der massive Wirtschaftseinbruch brachte auch die Blase der Scheinwertschöpfung von Immobilien zum Platzen, die am Bedarf vorbei, als internationale Steuersparmodelle errichtet worden waren, z. B. in Irland oder Spanien. Die Erosion der Einnahmen und die Explosion der Ausgaben wurde über Schuldenaufnahme an den „Finanzmärkten“ ausgeglichen, was besonders die EU-Staaten in deren völlige Abhängigkeit brachte. Die Staatsverschuldung der westlichen Industrieländer stieg seit 2007 von 50 % auf durchschnittlich 90 %. Die Banken verdienen daran, dass sie von den Staaten gerettet wurden: Sie können sich zu einem Zinssatz unter der Inflationsrate Geld bei der Europäischen Zentralbank EZB leihen und den Staaten zum mehrfachen Zinssatz weiterverleihen! Die Ursachen der Finanzkrise wurden nicht beseitigt und kehren heute als EURO-Krise zurück. Seit zwei Jahren wird, - angefangen mit Griechenland -, ein Euroland nach dem anderen von den Finanzmärkten in die Mangel genommen.

Die Euro-Krise lösen wir nicht, indem wir die Griechen, Portugiesen, Spanier und Italiener immer ärmer machen oder gar aus dem Euro werfen. Kurzfristig benötigen diese Länder vor allem günstige Kredite. Die Lasten der Krise müssen gerecht verteilt werden, insbesondere starke Schultern müssen auch deutlich höhere Lasten tragen. Wir benötigen eine Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung der Spekulation und zur Beteiligung der Finanzindustrie an den von ihr verursachten Kosten der Krise.

Situation der Kindertageseinrichtungen in Tamm

Seit dreißig Jahren ist die Kinderbetreuungspolitik in Tamm ein andauerndes Krisenmanagement. Offensichtlich war die Gemeindeverwaltung schon beim Bau des damaligen Neubaugebietes Hohenstange davon überrascht, dass die neuen Bewohner (naturgemäß viele junge Familien mit kleinen Kindern) einen Bedarf an Kinderbetreuung hatten. Und noch heute wird nicht vorausschauend geplant. Nicht nur gibt es in den Bereichen von Neubaugebieten (zurzeit Kernacker Süd I und die beiden kleineren Gebiete Carré Solaire und Pura Vida) kaum ausreichend Betreuungsplätze, auch die gesetzlich ab 2013 vorgeschriebene Betreuung unter 3-jähriger wird kaum erfüllbar sein. Zwar wurde die Kindertageseinrichtung (Kita) Bismarckstraße erweitert um einen Anbau, in dem U3-Plätze bereit gestellt werden sollten, doch die Anzahl reicht nicht aus. Noch dazu konnten wegen des allgemein herrschenden Fachkräftemangels und der großen Zahl über 3-jähriger bis in den Sommer keine Kleinkinder aufgenommen werden.

Abgesehen von den selbstgemachten Problemen der Gemeinde Tamm (fehlende langfristige Planungen) werden hier zwei gesamtgesellschaftliche Probleme deutlich: zum einen kommt der Fachkräftemangel kommt nicht von ungefähr. In einer Gesellschaft, in der eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft, nämlich die Betreuung unserer Kinder, nicht besser anerkannt wird, suchen sich junge Menschen sicher andere Berufe, die weniger anstrengend sind und besser bezahlt werden. Ein Blick in andere Länder zeigt hier allerdings, dass es nicht nur die Bezahlung ist, die den Ausschlag gibt. Im immer wieder zitierten PISA-Vorzeigeland Finnland ist Erzieher ein Beruf, für den ein Studium erforderlich ist, die Arbeit ist aber mitnichten hochbezahlt. Trotzdem gibt es regelmäßig mehr Bewerber

als Studienplätze. Wenn aber zu mangelnder sozialer Anerkennung auch noch die Tatsache kommt, dass das Gehalt der Erzieherinnen auf niedrigstem Niveau liegt, kann es nicht verwundern, dass eine Gemeinde, die ausschließlich den Tariflohn zahlt, Schwierigkeiten hat, freie Stellen zu besetzen.



Zum anderen scheint in der Politik immer noch nicht angekommen zu sein, dass es in den Kitas nicht (nur) darum geht, Kinder zu betreuen, deren Eltern beide berufstätig sind, sondern auch darum, allen Kindern die Chance auf Bildung zu geben und eventuelle Defizite der Elternhäuser rechtzeitig abzufangen. Die vieldiskutierte sog. Herdprämie (Erziehungsgeld, das von der Regierung für 2013 in Aussicht gestellt wurde) zeigt zudem, dass die Betreuung in Kita im Grunde nicht erwünscht ist, schließlich geht es darin ausschließlich darum, wo das Kind betreut wird, nicht darum, von wem. Insofern ist das Erziehungsgeld keine Herdprämie sondern eine Anti-Kita-Prämie.

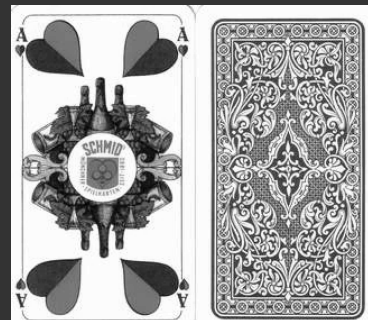
Immerhin soll jetzt die Eignung des Standorts neben dem Jugendhaus für eine Kita (eventuell verbunden mit Sozialstation) geprüft werden, um die U3-Betreuung besser abdecken zu können. Die Zeit bis 2013, wenn der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz für unter 3-jährige in Kraft tritt, wird sicher nicht für die Fertigstellung einer Einrichtung ausreichen, doch ist immerhin der Weg dorthin eingeschlagen. Das Geld für den Bau einer solchen Einrichtung wurde schon vor einigen Jahren bereitgestellt.

8. Tammer Binokeltturnier

10. Februar 2012 19 Uhr, Restaurant Egelsee Tamm

Teilnahmebeitrag 5 Euro

Um Voranmeldung bei Gerhard Jüttner, Tel. (07141) 60 55 83, E-Mail gerhard@juettner.name wird gebeten



"Wenn es für alle nicht mehr reicht, dann springen die Armen ein." (Ernst Bloch)